



Niederschrift über die 18. Sitzung des Kreistages am 08. Juni 2006, 17.00 Uhr, in Plön, Kreishaus, Kreistagssitzungssaal

Anwesend: Kreistagsabgeordnete Arp, Hans-Hugo, Arp, Johanna, Benecke, Biemann, Boll, Bredereck-Mallas, Buhmann, Busch-Laurinck, Bussenius, Dirschauer, Dreßler, Ehmke, Dr. Ellendt, Dr. Freundt-Malecha, Gehrke, Prof. Dr. Haensel, Hagen (bis 19.00 Uhr), Hansen, Bettina, Hansen, Thomas, Hartke, Hilker, Hohnheit, Jahn, Jessen, Kähler, Kalinka, Killig, Köhler-Arp, König (bis 17.50 Uhr), Korbmacher, Kort-to-Krax, Leyk (bis 19.10 Uhr), Maroses, Michaelsen, Ohl, Plambeck, Ruffert, Rusch, Schlauderbach, Schlünsen, Schreiber, Schwalbe, Selchow, Sönnichsen, Tams, Dr. Thies, Vexer, Wohlgethan.

Es fehlten entschuldigt die Kreistagsabgeordneten Dittkuhn, Grotzki, Janz, Dr. Niedermeier-Lange und Schulz-Giese.

01. Eröffnung und Begrüßung

Kreispräsident Kalinka eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung des Kreistages. Er begrüßt die anwesenden Gäste.

Er verpflichtet den neuen Kreistagsabgeordneten Wolfgang Gehrke durch Handschlag und führt ihn in seine Tätigkeit ein.

Kreispräsident Kalinka stellt fest, dass der Kreistag ordnungsgemäß mit Ladung vom 26.05.2006 einberufen worden ist. Bei der Eröffnung des Kreistages sind von den 53 Kreistagsabgeordneten 48 anwesend. Der Kreistag ist beschlussfähig.

Zur Protokollführerin wird Oberamtsrätin Möller bestellt.

KTA Thomas Hansen bittet den TOP 4 unter 4.2 zu ergänzen um „Nachwahl zur Versammlung Zweckverband Sparkasse Kreis Plön“.

Die jetzt vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen:

02. Einwohnerfragestunde

03. Niederschriften über die Sitzungen des Kreistages am 30.03.06 und 15.05.06

04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen

4.1 Antrag der UWG-Fraktion:

Neubesetzung der Wahlstellen der Ausschüsse gem. § 41 Abs. 10 KrO

A) Wahl der Mitglieder und stellv. Mitglieder für

- Hauptausschuss
- Ausschuss für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales
- Ausschuss für Schule, Kultur und Sport
- Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft
- Jugendhilfeausschuss

B) Wahl der Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden für

- Hauptausschuss
- Ausschuss für Gleichstellung, Gesundheit und Soziales
- Ausschuss für Schule, Kultur und Sport
- Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft
- Jugendhilfeausschuss

4.2 Umbesetzung und Besetzung von Gremien

A) Vorschläge des Kreistages für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Förderparkasse

B) Aufsichtsrat Lebenshilfwerk gGmbH

C) Fritz Düring-Stiftung

D) Gesellschafterversammlung Blumenburg Venture Park Trägergesellschaft

E) Nachbesetzung Verbandsversammlung Zweckverband Sparkasse Kreis Plön

05. Vorschlag des Kreises Plön für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Flurbereinigungsgericht beim OVG

06. Änderung der Hauptsatzung

07. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln; hier: Flachdachsanierung Berufliche Schulen in Plön

08. Anschaffung eines Müllfahrzeuges für den Regiebetrieb Abfallwirtschaft

09. Amtsgründung „Schrevenborn“, hier: Stellungnahme des Kreistages

10. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Bericht des Landrats zur Erhaltung der Bahnstrecke Kiel-Schönberg

11. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zukunftsprogramm ländliche Räume

12. Mitteilungen und Anfragen

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

02. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

03. Niederschriften über die Sitzungen des Kreistages am 30.03.2006 und am 15.05.2006

Kreispräsident Kalinka teilt mit, dass im Original der Niederschrift über die 16. Sitzung des Kreistages am 30. März 2006 auf Wunsch des KTA Dr. Thies auf Seite 3 (am Ende des Tagesordnungspunktes 4) folgender Satz eingefügt worden ist: „Kreispräsident Kalinka teilt mit, dass die Kreistagsabgeordneten Hans-Hugo Arp und Dr. Claus Thies aus der FWG-Fraktion ausgetreten sind.“ Er bittet um Kenntnisnahme.

Einwände gegen die Niederschrift vom 30. März 2006 werden nicht erhoben.

Ferner teilt Kreispräsident Kalinka mit, dass die Niederschrift über die 17. Sitzung des Kreistages am 15.05.2006 noch nicht fertig gestellt werden konnte.

04. Umbesetzung und Besetzung von Ausschüssen

4.1 Antrag der UWG-Fraktion:

Neubesetzung der Wahlstellen der Ausschüsse gemäß § 41 Abs. 10 der Kreisordnung

KTA Jahn merkt zu der Trennung seiner Fraktion an, dass dies eine sehr unangenehme Angelegenheit ist und er sich im Namen seiner Fraktion für die damit verbundenen Diskussionen entschuldigen möchte. Zugleich bedankt er sich bei der SPD-Fraktion, dass sie eine Weiterarbeit der bürgerlichen Mitglieder der FWG möglich gemacht hat.

KTA Dr.Thies erklärt, dass er auf die inhaltlichen sowie menschlichen und organisatorischen Differenzen innerhalb seiner bisherigen Fraktion nicht eingehen möchte. Für seine neue Fraktion stellt er fest, dass diese zwar klein, dafür aber unabhängig ist. Ob dies jetzt noch von der FWG-Fraktion behauptet werden kann, müssen andere entscheiden.

KTA Biemann stellt für die SPD-Fraktion fest, dass die FWG nach wie ein politischer Gegner ist. Gleichwohl geht es jedoch um die Personen, mit denen bisher in den Ausschüssen gut zusammen gearbeitet worden ist. Aus diesem Grund hat die Fraktion diese großzügige Regelung getroffen.

Über die Listen (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift) wird gemeinsam in einem Wahlgang abgestimmt.

Stimmenverhältnis: einstimmig

4.2 Umbesetzung und Besetzung von Gremien

A) Vorschläge des Kreistages für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Fördesparkasse

Es liegt der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU und SPD sowie ein Antrag der Fraktion von B 90/Die Grünen vor:

von der CDU: Simon Bussenius, Claus Heller und Uwe Janz,

von der SPD: Hans-Peter Ehmke, Norbert Maroses

sowie Landrat Dr. Volkram Gebel als gesetztes Mitglied.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 2 Enth.

Über den Antrag der Fraktion von B 90/Die Grünen „Meine Fraktion schlägt als Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Fördesparkasse Frau Ingrid Bredereck-Mallas vor.“ wird danach nicht mehr abgestimmt.

B) Aufsichtsrat Lebenshilfswerk gGmbH

Antrag der SPD-Fraktion:

ausgeschieden: Dr. Dieter Swatek

neues Mitglied: Alexander Schreiber

C) Fritz During-Stiftung

Antrag der SPD-Fraktion:

ausgeschieden: Dr. Dieter Swatek

neues Mitglied: Jürgen Plambeck

D) Gesellschafterversammlung Blumenburg Venture Park Trägergesellschaft

Antrag der SPD-Fraktion:

ausgeschieden: Dr. Dieter Swatek

neues Mitglied: Dr. Birgit Freundt-Malecha

E) Nachbesetzung Verbandsversammlung Zweckverband Sparkasse Kreis Plön

Antrag der CDU-Fraktion:

neues Mitglied: Anneliese Schwalbe

Stimmenverhältnis: einstimmig

05. Vorschlag des Kreises Plön für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Flurbereinigungsgericht (Senat für Flurbereinigung) beim Schleswig-Holsteinischen Obergerichtsgericht

Der Kreistag schlägt

Herrn Hans-Hugo Arp

für die Wahl zum ehrenamtlichen Richter beim Flurbereinigungsgericht vor.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 1 Enth.

06. Änderung der Hauptsatzung

Landrat Dr. Gebel erklärt, dass die Empfehlung des Hauptausschusses zwar zu akzeptieren ist, bittet jedoch die Mitglieder des Kreistages zum Öffentlichen Anzeiger zu einem anderen Ergebnis zu kommen. Der Vorschlag der Verwaltung sieht einen Verzicht auf den Druck des Öffentlichen Anzeigers vor, um die Kosten des Druckes von ca. 8.000 € einzusparen. Abnehmer des Anzeigers sind in der Mehrzahl Behörden, Verbände und Vereine sowie einige wenige Privatpersonen. Sofern der Kreistag den Punkt nicht sofort entscheiden möchte, sollte er auf jeden Fall noch einmal diskutiert werden.

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, KTA Leyk, erläutert die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses. Er empfiehlt dem Kreistag, der Empfehlung des Hauptausschusses zu folgen. Zur vorgeschlagenen Änderung des § 6 in der Hauptsatzung, der die Aufgaben des Hauptausschusses enthält, empfiehlt der Hauptausschuss an der bisherigen Fassung festzuhalten. Dadurch soll an dieser Stelle eindeutige Klarheit erzielt werden. Zum § 8 Abs. 2, der sich mit den Wertgrenzen befasst, empfiehlt der Ausschuss ebenfalls, die bisherige Fassung beizubehalten, weil kein Handlungsbedarf gesehen wird. Die Änderung des § 9 Abs. 3 „Entgegennahme von Kreisverordnungen“ hält der Hauptausschuss für zeitgemäß. Zum Öffentlichen Anzeiger hat sich der Hauptausschuss für ein Beibehalten entschieden, weil nicht alle Kreistagsabgeordneten über einen Internetzugang verfügen. Dies ist aus Gleichbehandlungsgrundsätzen erforderlich.

KTA Biemann beantragt für die SPD-Fraktion eine Einzelabstimmung zu den einzelnen Änderungen.

Der Kreistag **beschließt** den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Fassung der Empfehlung des Hauptausschusses mit den nachstehend aufgeführten Änderungen:

§ 6 Abs. 1 Aufgabengebiet Hauptausschuss
- Anlage 1 der Verwaltungsvorlage 17/06 -

KTA Biemann betragt für SPD-Fraktion, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

KTA Thomas Hansen teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese nicht nachzuvollziehen vermag, dass die namentlich bisher aufgeführten Aufgaben des Hauptausschusses jetzt herausfallen sollen. Es handelt sich im Einzelnen um die Punkte Vorbereitung des Stellenplans, die Aufgabe des Hauptausschusses als oberste Dienstbehörde des Landrates, die Verabschiedung von Frauenförderplänen und die Einrichtung von ABM-Projekten, die über Einzelmaßnahmen hinausgehen. Er empfiehlt deshalb, nicht auf die Aufführung der einzelnen Aufgaben des Hauptausschusses im § 6 der Hauptsatzung zu verzichten. Es gibt nach seiner Auffassung keine schlüssige Begründung für ein solches Vorgehen, zumal schon gar keine Vereinfachung daraus zu erkennen ist.

Landrat Dr. Gebel weist darauf hin, dass in der Vorlage der Verwaltung zum § 6 die allgemeinen Aufgaben des Hauptausschusses, wie bei den übrigen Ausschüssen, aufgeführt sind, während im § 9 die Aufgaben mit Entscheidungskompetenzen enthalten sind. Von daher ändert sich eigentlich nichts. Mit der Vorlage ist allerdings versucht worden, klar heraus zu stellen,

wann der Hauptausschuss Empfehlungen auszusprechen und wann er Entscheidung treffen kann. Er bittet deshalb den Kreistag, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Es wird wie folgt abgestimmt:

Empfehlung Hauptausschuss zu § 6 Abs. 1: Beibehalten der bisherigen Fassung.

Stimmenverhältnis: 25 ja-Stimmen
22 nein-Stimmen
1 Enthaltung

§ 6 Abs. 2 – Ergänzung Jugendhilfeausschuss – Vorlage der Verwaltung

Stimmenverhältnis: einstimmig

§ 6 Abs. 6 – Überproportionalmandate und beratende Mitglieder in den Ausschüssen – Vorlage der Verwaltung

Die Bestimmung der Kreisordnung (§ 41 Abs. 1 und 2) wird übernommen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

§ 8 Abs. 2 Wertgrenzen Landrat

- neue Fassung -

Stimmenverhältnis: einstimmig nein bei 1 Enthaltung

§ 9 Abs. 3 Entgegennahme von Kreisverordnungen – Vorlage der Verwaltung

Stimmenverhältnis: einstimmig

§ 13 Abs. 1 Veröffentlichungen

KTA Biemann beantragt für die SPD-Fraktion, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen. Ansatzpunkt der Verwaltung war die Minimierung der Kosten. Allerdings ist zum Zeitpunkt der Hauptausschusssitzung ungeklärt gewesen, wie viele Bürger den Öffentlichen Anzeiger tatsächlich beziehen. Im Übrigen sollte dem guten Ansatz gefolgt und die ca. 8.000 € eingespart werden.

KTA Thomas Hansen stellt fest, dass es grundsätzlich zu begrüßen ist, wenn aus Kostengründen die Veröffentlichungen im Internet erfolgen würden. Andererseits ist allerdings zu berücksichtigen, dass viele Menschen im Kreis Plön das Internet noch nicht nutzen. Im Hauptausschuss sind zudem noch andere Zahlen genannt worden. Auch ist die Frage gestellt worden, inwieweit Bürgerinnen und Bürger über ihre Amts- und Gemeindeverwaltungen hinaus, den Öffentlichen Anzeiger abonniert haben. Bevor eine Entscheidung getroffen wird, müsste diese Frage abschließend geklärt sein. Abschließend weist er darauf hin, dass im Öffentlichen Anzeiger auch Verbände und Vereine, wie z. B. Abwasserzweckverbände etc., ihre Veröffentlichungen bekannt geben.

Landrat Dr. Gebel erwidert, dass weder sein Stellvertreter noch er selber alle Zahlen immer abrufbar haben. Inzwischen sind aber weitere Berechnungen vorgenommen worden. Die Kosten für den Öffentlichen Anzeiger hängen immer davon ab, wie viele Veröffentlichungen vorgenommen werden müssen. Im Jahre 2006 sind bis jetzt ca. 8.000 € erforderlich geworden,

während es in den Jahren 2005 ca. 5.000 € und 2004 ca. 9.000 € gewesen sind. Überwiegend sind es die Gemeinden, Städte und Ämter, aber so gut wie keine Privatpersonen, die den Öffentlichen Anzeiger beziehen. Von daher empfiehlt er, noch einmal über die Angelegenheit nachzudenken, auch wenn es sich um eine relativ geringe Summe handelt. Im Kreistag wird aber inzwischen über kleinere Summe gestritten.

KTA Jahn stellt den Kompromissvorschlag zur Diskussion, dass in die Zeitungsanzeigen regelmäßig folgender Text zusätzlich aufgenommen werden soll: „Sollten Sie über keinen Zugang zum Internet verfügen, können Sie die Information kostenlos unter der Telefon-Nr. 04522-743-0 anfordern.“

KTA Dr. Thies führt aus, dass der Vorschlag der Verwaltung für ihn schlüssig ist und er deshalb empfiehlt, dem Beschlussvorschlag zu folgen.

KTA Thomas Hansen beantragt eine Sitzungsunterbrechung. Nach Wiedereröffnung führt Kreispräsident Kalinka aus, dass der Vorsitzende der FWG-Fraktion einen Kompromissvorschlag unterbreitet hat und bittet ihn, diesen noch einmal vorzutragen.

Über diesen Antrag sowie über den Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt abgestimmt:

Der Kreistag **beschließt** die 1. Nachtragsatzung zur Hauptsatzung des Kreises in ihrer Neufassung vom 21.05.2004 in der jetzt vorliegenden Fassung.

Stimmenverhältnis: einstimmig

Dem Beschluss ist somit folgender Zusatz angefügt worden, der jeweils in die Veröffentlichung in den Zeitungen aufzunehmen ist:

„Sollten Sie über keinen Zugang zum Internet verfügen, können Sie die Information kostenlos unter der Telefon-Nr. 04522-743-0 anfordern.“

07. Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln hier: Flachdachsanieierung Berufliche Schulen in Plön

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Der Kreistag genehmigt die überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 100.000 €.

Stimmenverhältnis: einstimmig

08. Anschaffung eines Müllfahrzeuges für den Regiebetrieb Abfallwirtschaft

Der Kreistag fasst ohne Aussprache folgenden **Beschluss**:

Die Verwaltung wird ermächtigt, ein Müllfahrzeug, möglichst als Vorführwagen, zu beschaffen. Sollte

dies nicht möglich sein, erfolgt die Beschaffung in Form einer Ausschreibung.

Stimmenverhältnis: einstimmig

09. Amtsgründung „Schrevenborn“
hier: Stellungnahme des Kreistages

Landrat Dr. Gebel führt aus, dass mit der Bildung des Amtes „Schrevenborn“ zum 01.01.2007 ein länger als drei Jahre andauernder eigenverantwortlich gestalteter Prozess zum Abschluss gebracht werden wird. Die einleitenden Beschlüsse sind durch die Gemeinden somit bereits vor den Vereinbarungen der großen Koalition und vor den Leitlinien der Landesregierung zur – notfalls – Zwangsverwaltungsstrukturreform, gefasst worden. Hervorzuheben ist dabei die wirkliche Freiwilligkeit und die Einmütigkeit der kommunalpolitischen Akteure bei keineswegs einfachen Detailfragen. Das Ganze beruht aber auch auf dem persönlichen Engagement insbesondere der Bürgermeister Koops, Jesko und Heinze. Er merkt an, dass solche günstigen Bedingungen in den kreisweit aktuellen Bemühungen kein zweites Mal zu finden sein werden. Deswegen kann das neue Amt „Schrevenborn“ auch nicht als Muster für die verbleibenden Strukturreformen herangezogen werden. Er weist darauf hin, dass die vom Innenminister forcierte Verwaltungsstrukturreform nicht auf freiwillige Verwaltungsbündnisse vertraut. Nach seiner Auffassung ist allerdings die vom Minister geforderte starre Mindestgrenze von 8.000 verwalteten Einwohnern nur schwer zu akzeptieren. Kommunalpolitisch fordert diese Vorgehensweise zum Widerspruch, wie z. B. Raisdorf und Klausdorf, heraus. Er hält eine Diskussion über den heute gestellten Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen über die Direktwahl der Amtsausschüsse und Amtsdirektoren im Zusammenhang mit der Amtsbildung Schrevenborn für nicht glücklich. Inhaltlich merkt er an dieser Stelle an, dass er erstaunt darüber ist, dass die Grünen zwar die Direktwahl der Landräte abschaffen, aber einen Amtsdirektor, der anders als ein Landrat, keine amtseigenen Selbstverwaltungsangelegenheiten wahrzunehmen hat, direkt wählen lassen wollen. Dies hätte seiner Meinung nach eine Schwächung der Gemeindevertreter zur Folge. Zum Abschluss seiner Ausführungen bittet er, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Auch KTA Hilker begrüßt zugleich im Namen seiner Fraktion die Bildung des Amtes „Schrevenborn.“ Die Bildung größerer Ämter ist nach seiner Auffassung ein unverzichtbarer Baustein der dringend notwendigen Verwaltungsstrukturreform. Er setzt voraus, dass der Kreistag das von den Grünen vorgeschlagene Modell zur Reform kennt. Danach soll es nur noch zwei Verwaltungsebenen geben, und zwar Gemeinden und Städte sowie Regionalkreise. Das Modell sieht weiter vor, dass beide nicht nur eine Verwaltung sondern auch eine demokratisch gewählte Vertretung und eine gewählte Behördenleitung haben. Die neuen Regionalkreise sollen die Landesaufgaben übernehmen, die regional aufteilbar sind. Die dann verbleibenden Kreise können aufgelöst werden. Diese Wunschvorstellung stimmt jedoch nicht mit den Planungen der schwarz/roten Landesregierung überein. Das Modell der Landesregierung schafft keine handlungsfähigen Kommunen mit klaren demokratischen Entscheidungsstrukturen. Durch die Bildung eines Amtes – wie jetzt z. B. Schrevenborn – wird zwar Verwaltung eingespart, aber e-

ben keine demokratisch legitimierte Ebene hinzugefügt. Nach seinem Kenntnisstand wird der hauptamtliche Amtsdirektor nicht direkt gewählt, die Bürgermeister sind ehrenamtlich tätig und zusätzlich gibt es Gemeinderäte. Eine gemeinsame politische Willensbildung ist somit nicht möglich. Statt der von seiner Partei vorgeschlagenen Direktdemokratie wird einer „indirekten Halbdemokratie“ der Vorzug gegeben. Dies wird dazu führen, dass die beiden großen Parteien zu Lasten der kleinen Parteien den Amtsausschuss majorisieren. Um dem entgegen zu wirken, bittet er, dem Antrag seiner Fraktion vom heutigen Tage zuzustimmen.

KTA Biemann merkt an, dass hier zwar zur Amtsbildung Schrevenborn gesprochen werden soll, aber zunächst möchte er über die allgemeine Diskussion hier im Kreistag äußern. Er streicht heraus, dass im Koalitionsvertrag die Verwaltungsstrukturreform festgeschrieben worden ist. Darin ist auch die Grenze von 8.000 Einwohnern festgeschrieben. Es hätte auch die Zahl 9.000 oder 10.000 genannt werden können. Härten wird es immer geben. Es hat ihn schon sehr verwundert, dass der Landrat in dieser Frage der Gemeinde Raisdorf öffentlich Unterstützung signalisiert hat. Er will nicht verhehlen, dass man zu der Erkenntnis kommen könnte, dass die Zahl hätte größer sein müssen. Trotzdem ist er felsenfest davon überzeugt, dass es für Raisdorf keine Ausnahme geben wird. Ebenfalls ist bei größeren Verwaltungseinheiten eine Kostenersparnis nicht von der Hand zu weisen. Das Zeitfenster von drei Jahren für die Bildung des Amtes Schrevenborn hat für ihn auch etwas mit den Akteuren zu tun. Er warnt davor, den Beteiligten an der Bildung dieses Amtes die Schuld an der Landesentwicklung zu geben. Im Namen der SPD-Fraktion bedankt er sich für das in dem Zusammenhang gezeigte Engagement. Den weiteren Amtsbildungen sieht er mit Interesse entgegen. Er erklärt, dass seine Fraktion dem Antrag der Grünen nicht zustimmen wird. Und im Zusammenhang mit der Anhörung des Kreistages zur Amtsbildung Schrevenborn hält er ihn auch nicht für gerechtfertigt.

KTA Thomas Hansen stellt fest, dass die Bildung des Amtes Schrevenborn zeigt, dass freiwillige Zusammenschlüsse möglich sind. Unter der Überschrift Bürgernähe, Professionalität und Wirtschaftlichkeit ist das Projekt von den Beteiligten angegangen und zum guten Ende gebracht worden. Die Stellungnahme, die der Hauptausschuss abgegeben hat, bringt zum Ausdruck, dass die Bildung des Amtes begrüßt wird. Negatives ist dabei nicht festgestellt worden. Weitere Anhörungen des Kreises werden bei den zukünftig zu bildenden Amtsverwaltungen erforderlich werden. Er hält es auch für sehr wichtig, dass der Kreis sich dazu äußert und der Kreistag seine Meinung zu den Sachverhalten abgibt. Der Landrat hat hier bereits als Untere Kommunalaufsichtsbehörde Stellung bezogen. Wichtig im Zusammenhang mit der Verwaltungsstruktur ist dabei, dass die Gemeinden im Kreis Plön über Kreisgrenzen hinaus planen. Er verweist auf die Verhandlungen, die das Amt Plön-Land mit der Gemeinde Bosau im Kreis Ostholstein zurzeit führt. Dabei stellt sich die Frage, wer dafür dann kommunalaufsichtsrechtlich zuständig sein wird. Er empfiehlt, dass der Kreistag sich jeweils rechtzeitig zu den Amtsgründungen äußert und seine Stellungnahme abgibt. Zum Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wäre für ihn ein ehrenamtlicher Bürgermeister aus dem Bereich einer Amtsverwaltung für besonders geeignet, seine Auffassung dazu abzugeben. Insofern spricht er den KTA Ehmke direkt an. Er persönlich sieht im Antrag den Ansatz zur Bildung von Großgemeinden. Dies wird von der CDU-Fraktion klar abgelehnt. Vielmehr ist seine Fraktion der Auffassung, dass die bisherige Amtsverfassung sich bewährt hat. Dadurch wird nicht in die Planungs- und Finanzhoheit der ehrenamtlichen Gemeinden eingegriffen sowie ihre Eigenständig-

keit nicht berührt. Dies trifft auch auf das Amt Schrevenborn zu, das lediglich eine Zusammenführung der Verwaltungen zur Folge hat. Deshalb kann der Antrag der Grünen nur abgelehnt werden.

KTA Buhmann merkt an, dass es bei diesem TOP um die Amtsgründung Schrevenborn geht. Insofern will er seine Rede auch darauf beschränken. Für besonders erwähnenswert hält auch er, dass dieser Zusammenschluss auf rein freiwilliger Basis erfolgt ist. Natürlich haben die Beteiligten sich dabei Vorteile erhofft und erwartet. Nach seiner Auffassung sind die Vorteile klar belegbar. Dabei geht es nicht nur um Personalkosten oder Kosten der EDV, die eingespart werden, sondern um weitere Verflechtungen wie z.B. Schulen und Kirche. Ebenso haben die drei Gemeinden gemeinsame Interessen, was die Nähe der Landeshauptstadt Kiel angeht. Deshalb kann die Bildung des Amtes Schrevenborn nur begrüßt werden. Zum Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellt er bedauernd fest, dass damit versucht wird, das grüne Parteiprogramm umzusetzen, anstatt sich auf die Bildung des Amtes Schrevenborn zu konzentrieren.

KTA Dr. Thies gibt seine Freude über die Glückwünsche als einem der persönlich Beteiligten an dem Prozess kund. Selbstverständlich ist die Amtsbildung zu begrüßen, weil es sich um eine gute Sache handelt. Dadurch werden Verwaltungskapazitäten gebündelt und somit Kosten gespart. Die Amtsbildung bietet die Chance, dass diese Gemeinden nicht nur zusammenarbeiten und sondern auch zusammenwachsen. Auch ein parlamentarisches Zusammenwachsen ist zu begrüßen. Zudem wird das Amt Schrevenborn auch Träger von Institutionen wie z. B. vom Amtsbetriebshof. Dieser wird von der Amtsverwaltung gesteuert und vom Amtsausschuss kontrolliert. Zur Frage der Schulträgerschaft sind weitere Fragen zu klären. Nach dem neuen Schulgesetz ist vorgesehen, dass die Ämter Träger der Schulen werden sollen. Natürlich spielen die Fragen zum Amtsdirektor und zum Amtsausschuss eine gravierende Rolle. Zum Beginn der Verhandlungen war klipp und klar festgelegt, wie der Amtsausschuss aussehen wird. Deshalb ist er mit dem, was jetzt angedacht wird, aber noch nicht beschlossen ist, nicht zufrieden. Dies würde eine eindeutige Einschränkung des Ehrenamtes bedeuten. Dennoch bleibt er dabei, dass insgesamt gesehen diese Amtsbildung etwas Positives für die Region darstellt.

KTA Ehmke begrüßt die Bildung des Amtes Schrevenborn. Er bestätigt, dass die Vertreter der Amtsverwaltungen schon immer erklärt haben, dass ihr Modell das beste und kostengünstigste ist. Im Übrigen fühlt er sich als Bürgermeister einer amtsangehörigen Gemeinde natürlich aufgerufen, zum Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen etwas zu sagen. Allerdings glaubt er, dass die Antragsteller die Gebietsreform mit der Verwaltungsstrukturreform verwechseln. Er selber ist sehr für eine Verwaltungsstrukturreform, auch wenn es schwieriger ist, wenn eine Gemeinde-/Stadt- und eine Amtsverwaltung zusammengelegt werden sollen. Aus Kostengründen hofft er persönlich noch, dass ein Zusammenschluss im Bereich Lütjenburg gelingt. Ferner ist er der Auffassung, dass auch auf Kreisebene etwas geschehen muss. Er wiederholt seine schon wiederholt getroffene Feststellung, dass „die Gemeinden sich den Kreis nicht mehr leisten können.“ Für ihn persönlich gibt es keine demokratischere Gemeindeform wie eine ehrenamtlich geführte Gemeinde. Das ist Demokratie pur. Je größer eine Vertretung ist, umso anonymter wird das Ganze. Von der Direktwahl eines Amtsdirektors hält er überhaupt nichts. Diese Wahl sollten diejenigen treffen, die ihm die Aufträge erteilen und letztlich bezahlen müssen. Er erklärt, dass die SPD-Fraktion den Antrag der Grünen ablehnen wird.

KTA Ohl merkt an, dass er zur Grenze von 8.000 Einwohnern etwas sagen möchte, weil hier seine Heimatgemeinde Raisdorf immer wieder ins Gespräch gebracht wird. Bei der genannten Einwohnergrenze handelt es sich um eine bürokratische Grenze. Im Übrigen sollte man sich erst zu einem Thema äußern, wenn genaue Ergebnisse vorliegen. Die Unterlagen, die in Raisdorf und Klausdorf vorliegen, kommen zu ganz anderen Ergebnissen. Dabei spielt die Einwohnergrenze überhaupt keine Rolle. Deshalb sollte Raisdorf aus der Debatte um die Bildung des Amtes Schrevenborn herausgehalten werden.

Über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen

„Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird ergänzt um folgenden Absatz: Der Kreistag des Kreises Plön fordert die Landesregierung anlässlich der Bildung des Amtes „Schrevenborn“ auf, durch die Einführung einer Direktwahl der Amtsausschüsse und Amtsdirektoren die Ämter in Amtsgemeinden umzuwandeln.“

wird wie folgt abgestimmt:

Stimmenverhältnis: 3 ja-Stimmen
44 nein-Stimmen

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss:**

Der Kreistag des Kreises Plön begrüßt die Bildung des Amtes „Schrevenborn“ aus den Gemeinden Heikendorf, Mönkeberg und Schönkirchen mit Sitz in Heikendorf zum 01.01.2007 und spricht allen am Amtsbildungsprozess beteiligten Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern sowie den Herren Bürgermeistern seine Anerkennung für die an diesem Projekt geleistete Arbeit aus.

Stimmenverhältnis: einstimmig bei 1 Enthaltg.

Kreispräsident Kalinka teilt zum Thema „Amtsausschuss“ mit, dass er zu der Frage, ob drei Vertreter eine ausreichende Größenordnung sind, bereits über die Problematik mit dem Innenminister gesprochen hat.

10. Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen:

Bericht des Landrats zur Erhaltung der Bahnstrecke Kiel Schönberg

Landrat Dr. Gebel merkt an, dass er keinen Bericht zum Erhalt der Bahnstrecke Kiel-Schönberg erstatten wird. Vielmehr wird er versuchen, den aktuellen Sachstand objektiv darzustellen, um eine Entscheidungsgrundlage für die kommenden notwendigen Veränderungen zu liefern. Seit 1964 ist die Kiel-Schönberger Eisenbahn, die KSE, eine GmbH, an der sich neben dem Kreis mit 50,6 % auch das Land sowie die Stadt Kiel jeweils mit 24,7 % beteiligt haben. Dann ist die KSE 1982 mit der VKP fusioniert und der Personenverkehr eingestellt worden. Zum gleichen Zeitpunkt sind die Anteile der Stadt und auch des Landes aufgekauft worden. Der Kraftverkehr der KSE, im Wesentlichen die Strecke Kiel-Schönberg wurde in die VKP integriert, die Eisenbahn, also der Güterverkehr, wurde als eigener Betriebszweig weiterbetrie-

ben. Beteiligte Gesellschafter sind alle Städte, alle Ämter und fast alle amtsfreien Gemeinden und zwei Gemeinden aus dem Kreis Segeberg. Der Eisenbahnbetrieb hat z. T. erhebliche Gewinne eingebracht. Lediglich in den letzten Jahren sind keine schwarzen Zahlen mehr geschrieben worden. Besonders unglücklich ist dann im Februar dieses Jahres die Kündigung aller Frachtverträge durch die Bahn-Tochter Railion AG gewesen. Somit ist die VKP jetzt nur noch als Infrastrukturbetreiber tätig. Neuer Verkehrsbetreiber ist die Seehafen Kiel GmbH & Co. KG (SK), eine 100 % Tochter der Landeshauptstadt Kiel. Entsprechende Verträge, die sowohl die Netzzugangsbedingungen wie auch die Trassenpreise enthalten, sind mit der SK kurzfristig abgeschlossen worden. Inzwischen nun stellt die SK sowohl die Modalitäten des Netzzugangs wie auch den Trassenpreis in Frage. Der Eisenbahnverkehr läuft trotzdem seit dem 01.03.2006 weitestgehend störungsfrei. Dennoch bestehen Auffassungsunterschiede vor allem bei dem Trassenpreis der Strecke Kiel-Oppendorf-Dietrichsdorf. Die zwischenzeitlich geführten Gespräche mit der SK, befassten sich mit dem Eisenbahnstandort Kiel und seiner Zukunft aufgrund der derzeitigen unbefriedigenden Situation für beide Unternehmen. In die Überlegungen sind folgende Grundtatbestände einzubeziehen: 1. Die Stadt Kiel benötigt sowohl für den Ostuferhafen wie auch für das Gemeinschaftskraftwerk Kiel eine Verkehrsanbindung per Schiene. Und 2. signalisiert die SK Kaufbereitschaft für die Streckenteile Kiel-Gaarden – Oppendorf und Oppendorf – Dietrichsdorf einschl. des Bahnhofs Kiel Süd. Nennenswerte Einnahmen für das Schienennetz werden von der VKP nicht erzielt. Daraus ergibt sich das Fazit, dass angesichts der derzeitigen Situation und einer umfassenden Zukunftsbetrachtung, keine echte Perspektive für die Bahn aufgezeigt werden kann. Daher sollte sich das Unternehmen kurz- bis mittelfristig von seinen Eisenbahnaktivitäten trennen und sich auf das Kerngeschäft beschränken. Zurzeit gibt es Interessenten für die Trassen, dies kann sich aber im Zeitablauf verändern. Deshalb empfiehlt er, dass alle Verkaufschancen genutzt werden sollten. Abschließend zeigt er auf, welche unterschiedlichen möglichen Abläufe sich dabei ergeben könnten. Mit dieser Gesamtsituation wird sich der Aufsichtsrat der VKP in der nächsten Sitzung befassen.

Die Sitzung wird von 19.00 Uhr bis 19.30 Uhr unterbrochen. Nach Wiedereröffnung durch Kreispräsident Kalinka wird die Beratung fortgesetzt.

KTA Hilker bedankt sich bei Landrat Dr. Gebel für den ausführlichen Bericht, der auch mit der für die Aufsichtsratssitzung inzwischen von der VKP versandten Vorlage übereinstimmt. Zum Zeitpunkt der Antragstellung durch seine Fraktion haben die Unterlagen der VKP noch nicht vorgelegen. Mit ihrem Antrag wollte die Fraktion sicherstellen, dass die Bahnstrecke Kiel-Schönberg nicht aus dem politischen Blickwinkel kommt. Bisher konnte sich noch kein Ausschuss oder der Kreistag mit dieser weitreichenden und möglicherweise endgültigen Entscheidung beschäftigen. Jedoch bereits in einer Woche soll schon eine Entscheidung im Aufsichtsrat der VKP getroffen werden. Die Vorschläge in der VKP-Vorlage erwecken den Eindruck, als wenn es keine Alternativen gibt. Um das aber prüfen zu können, reicht die Vorbereitungszeit nicht aus. Auch muss diese wichtige Entscheidung in dem Wirtschaftsausschuss und im Kreistag beraten werden. Deshalb sollen der Vorsitzende und die Mitglieder des Aufsichtsrates gebeten werden, zunächst die Beratungen der politischen Gremien im Kreis Plön abzuwarten, bevor sie eine Entscheidung treffen.

KTA Thomas Hansen bedankt sich bei der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, weil sie diesen Tagesordnungspunkt angemeldet haben. Auch er hält diesen Vorgang von wesentlicher

Bedeutung, und zwar insbesondere für die Finanzen der VKP und damit für den Kreis Plön. Er erinnert daran, dass der Kreis die VKP überwiegend aus den Einnahmen der E.ON-Hanse-Aktien finanziert. Deshalb hat seine Fraktion schon frühzeitig im Hauptausschuss angefragt, wie es dazu kommen konnte, dass die SK die VKP mit einem Dumpingangebot ausbooten konnte. Dazu stellt er fest, dass ein solches Handeln zwischen Nachbargebietkörperschaften „kein feiner Zug“ ist. Auch wenn sicherlich wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen, kann er nur darauf verweisen, dass erst vor kurzem von der SFK ein zusätzlicher Betrag des Kreises als Beteiligung am Defizit gefordert worden ist. Außerdem hat sich der Kreis viele Jahre freiwillig an den Kosten der SFK beteiligt. Zu dem Ganzen kommt jetzt noch der Streit über die Trassenutzungsgebühren. Deshalb muss gut überlegt werden, ob eine Trasse, die im Eigentum des Kreises Plön ist, veräußert werden soll. Eine sorgfältige Beratung ist unbedingt erforderlich. Zuständiger Ausschuss für die Beteiligungen des Kreises Plön ist der Hauptausschuss, der sich in seiner Sitzung Ende des Monats damit beschäftigen könnte.

Kreispräsident Kalinka schlägt vor, in den Beschlussvorschlag noch den Hauptausschuss einzufügen. Auf den Einwand des Landrates, dass der Aufsichtsrat darüber entscheiden wird und deshalb in den Beschlussvorschlag „eine Entscheidung des Unternehmens“ anstelle „des Aufsichtsrates“ einzufügen wäre, erklärt Kreispräsident Kalinka, dass zur Vermeidung von Streitigkeiten das Votum des Kreistages respektiert werden sollte. Landrat Dr. Gebel wiederholt noch einmal, dass eine Entscheidung des Aufsichtsrates in dem Zusammenhang unschädlich ist. Vielmehr ist es wichtig, dass das Unternehmen keine Verträge mit Dritten schließt.

KTA Biemann stellt fest, dass der Kreistag heute keinen Beschluss fassen, sondern der Hauptausschuss entsprechende Weisungen erteilen wird. Natürlich kann der Aufsichtsrat vollkommen selbstständig agieren. Trotzdem können die Vertreter der Fraktionen im Aufsichtsrat gebeten werden, die Positionen des Kreistages in dem Gremium zu vertreten.

Der Kreistag fasst folgenden **Beschluss**:

Der Kreistag bittet die Mitglieder und den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der VKP, eine Entscheidung über die Bahnstrecken der Kiel-Schönberger Eisenbahn aufzuschieben, bis ein Votum des Wirtschaftsausschusses und des Hauptausschusses eingeholt ist. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage einzubringen.

Stimmenverhältnis: einstimmig

11. Antrag der Fraktion B 90/Die Grünen: **Zukunftsprogramm ländliche Räume**

Kreispräsident Kalinka weist darauf hin, dass der umfangreiche Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erst am heutigen Tage eingegangen ist. Von daher werden erst wenige Abgeordnete Gelegenheit gehabt haben, diesen zu lesen. Deshalb geht er davon aus, dass der Antrag an den zuständigen Ausschuss verwiesen werden wird.

KTA Hilker führt aus, dass die ländlichen Räume vor großen Herausforderungen und Veränderungen stehen würden. Diese werden durch die Globalisierung, die demographische Entwick-

lung und eine starke Orientierung der Gesellschaft auf die Ballungsräume hervorgerufen. Anlässlich der Neuordnung der EU-Förderprogramme muss die Förderung der ländlichen Räume vorgenommen werden. Die von der Landesregierung vorgelegte Konzeption „Zukunftsprogramm ländliche Räume“ wird massive Auswirkungen auf den Kreis Plön haben. Er bemängelt in dem Zusammenhang, dass nur der Landkreistag, aber nicht die Landkreise dabei beteiligt worden sind, obwohl die Förderung massiv umgekrempelt wird. Darum ist es erforderlich, dass der Kreistag dazu Stellung bezieht. Deshalb unterbreitet seine Fraktion in ihrem Antrag detaillierte Änderungsvorschläge zu den einzelnen Maßnahmen des Programms. Die derzeitige Ämterstruktur ist zur Abwicklung der Fördermittel vollkommen ungeeignet, weil die Zuständigkeiten zersplittert sind und es der Eigeninitiative der Antragsteller überlassen ist, ob Projekt und Fördermittel zueinander finden. Seine Fraktion schlägt dagegen eine Kombination von regionaler Selbstverwaltung und staatlicher Dienstleistung vor. Es gibt nach seinem Bekunden bereits Erfahrungen mit dem LEADER+-Projekt sowie weiteren Projekten. Mit regionaler Verantwortung lässt sich eine hohe Akzeptanz der Entwicklungsziele und eine stärkere Einbindung der regionalen Wirtschaft erreichen. Diesen selbst verwalteten Förderregionen muss von staatlicher Seite eine kompetente, aber unbürokratische Verwaltung zur Seite stehen. In einer Regionalkreisverwaltung – wie im Verwaltungsstrukturkonzept seiner Partei vorgeschlagen – würden dann alle Beratungs- und Dienstleistungen für die selbst verwalteten Förderregionen in einem Regionalmanagement zusammengefasst werden. Da ihm sehr wohl bewusst ist, dass der Antrag sehr kurzfristig gestellt worden ist, ist er mit einer Überweisung in den Fachausschuss einverstanden. Er erwartet im Gegenzug, dass die Selbstverwaltung sich kurzfristig mit der Thematik auseinandersetzt.

KTA Sönnichsen merkt an, dass er den Ausführungen des KTA Hilker insofern zustimmen kann, als dass die ländlichen Räume vor größten Herausforderungen stehen. Er findet es schon bewundernswert, wenn hier im Kreistag durch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen immer wieder Themen eingebracht werden, die bereits im Landtag „durchgefallen“ sind. Deutlich will er jedoch den Ausführungen zur Ämterstruktur widersprechen. Wenn unter einem professionellen Regionalmanagement zu verstehen ist, dass örtliche Beratung stattfindet und eine Bearbeitung durch den Kreis erfolgt, dann braucht darüber nicht lange diskutiert werden. Der übrigen Beratung sieht er mit Interesse entgegen.

Auf Antrag des KTA Hilker wird der Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Tourismus zur Beratung überwiesen.

**Stimmenverhältnis: 44 ja-Stimmen
1 nein-Stimme**

12. Mitteilungen und Anfragen

Landrat Dr. Gebel teilt mit, dass die Genehmigung der Haushaltssatzung 2006 durch den Innenminister mit Einschränkung erteilt worden ist. Die Kommunalaufsicht hat die Höhe der Kreditaufnahmen um 475.000 € gekürzt. Er bittet die Mitglieder des Kreistages, sich Gedanken über mögliche Einsparungen zu machen.

Kreispräsident Kalinka schließt mit einem Dank die Sitzung des Kreistages um 20.05 Uhr.

gez. Werner Kalinka
Kreispräsident

gez. Möller
Protokollführerin